

**Antrag der Fraktion DIE LINKE****Endlich die Situation für Hebammen in der klinischen Geburtshilfe verbessern!**

Die geburtshilfliche Versorgung steht bundesweit und in Bremen vor einer schwierigen Situation. Offene Stellen in Geburtskliniken können derzeit nicht besetzt werden, weil es zu wenige Bewerberinnen gibt. Steigende Geburtenzahlen und damit mehr Entbindungen in den Krankenhäusern, sorgen für eine zunehmende Arbeitsverdichtung in der klinischen Geburtshilfe.

Der bestehende Personalmangel hat zur Folge, dass Schichten teilweise nur mit der Hälfte der eigentlich vorgesehenen Hebammen durchgeführt werden können. Das bedeutet doppelte Belastung für die eingesetzten Fachkräfte und schlechtere Betreuung für die gebärenden Frauen.

Laut einer Studie des Deutschen Hebammenverbandes aus dem Jahr 2016 betreuten 46 Prozent der Hebammen oft mehr als drei Frauen gleichzeitig während der Entbindung. In der Folge kam es zu mehr medizinischen Interventionen, höheren Risiken, Traumatisierungen und deutlich weniger physiologischen und gesunden Geburten als durch eine bessere Betreuung möglich gewesen wären.

Hebammen in der klinischen Geburtshilfe fordern seit längerem eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen und beklagen unter anderem die deutliche Arbeitsverdichtung, fehlende Ruhepausen, häufige Vertretungsdienste, zu viele anfallende Tätigkeiten außerhalb ihres eigentlichen Arbeitsbereiches und eine Zusatzbelastung durch deutlich gestiegene Fallzahlen in den gynäkologisch-geburtshilflichen Ambulanzen. Dies folgt dem allgemeinen Trend, dass Patientinnen immer häufiger die Notfallambulanzen der Kliniken aufsuchen, anstelle des ärztlichen Notdienstes.

Viele Hebammen haben auf diese ansteigenden Belastungen reagiert, indem sie sich teilweise oder gänzlich aus der klinischen Geburtshilfe als Arbeitsort zurückgezogen haben.

Die geburtshilfliche Versorgung mit Hebammen steht vor einem drohenden Kollaps und damit auch die Förderung von natürlichen Geburten.

Besonders dramatisch und mit möglichen Folgen für die Geburtsversorgung in Bremen, ist derzeit die Entwicklung am Josef-Hospital Delmenhorst, wo innerhalb weniger Wochen ein Drittel der Hebammen ihre Stellen gekündigt haben sollen. Aufgrund einer bislang dort etablierten, besonders frauenzentrierten Geburtsmedizin, (was mit der Ablösung der langjährigen Chefärztin zum Jahresbeginn wohl in Frage steht), galt die städtische Klinik als die einzige in der Region, deren Hebammenstellen alle besetzt war. In Bremen hingegen sind laut Hebammenlandesverband derzeit 19 Stellen an den fünf Geburtskliniken unbesetzt.

Angesichts dieser Situation ist es dringend geboten, Lösungen und Konzepte zu entwickeln, um Hebammen für die klinische Geburtshilfe zurückzugewinnen. Dazu gehört mittel- und langfristig eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Hebammen durch unter anderem familienfreundlichere und

altersgerechtere Schichtmodelle, eine höhere Vergütung - besonders für Springerdienste und Mehrarbeit, die Einführung der international üblichen Eins-zu-eins-Betreuung von Gebärenden durch eine Hebamme, ein Ausbau der räumlichen Kapazitäten in der klinischen Geburtshilfe und mehr hebammengeleitete Kreißsäle, sowie die Einrichtung zusätzlicher geburtshilflicher Ambulanzen zur Entlastung der Geburtsstationen.

Der Bremer Senat ist aber aufgefordert, auch kurzfristige Maßnahmen zu ergreifen, um die dringend benötigten Fachkräfte für die Geburtshilfe (zurück) zu gewinnen.

Ein erster Schritt wäre die Förderung und Finanzierung von Fortbildungsmodulen für Wiedereinsteigerinnen in die Geburtshilfe, wie sie beispielsweise vom Deutschen Hebammenverband angeboten werden. Hebammen, die sich eine Rückkehr in die klinische Geburtshilfe vorstellen, können auf diesem Weg notwendige Fachkompetenzen wiederauffrischen und sich mit eventuell veränderten Arbeitsstrukturen im klinischen Setting vertraut machen. Für die Durchführung der Module müssten Kooperationen mit Geburtskliniken etabliert werden.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf:

1. Ein Konzept zur Durchführung und Finanzierung für ein Modellprojekt zu erarbeiten, welche Wiedereinstiegsmodule in die Geburtshilfe für Hebammen an einer oder mehreren kooperierenden Geburtskliniken im Land Bremen beinhaltet und die Bereitstellung, der dafür notwendigen Landesmittel.
2. Zusätzlich ein Konzept zu erstellen für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Hebammen in der klinischen Geburtshilfe, unter Berücksichtigung familienfreundlicherer und altersgerechterer Schichtmodelle, einer besseren Vergütung - insbesondere für Springerdienste und Mehrarbeit, einer perspektivischen Eins-zu-eins-Betreuung während der Geburt sowie des Aufbaus räumlicher Kapazitäten in der klinischen Geburtshilfe und von geburtshilflichen Ambulanzen.
3. Die Einrichtung von hebammengeleiteten Kreißsälen in allen Bremer Geburtskliniken zu fördern und auf den Geburtsstationen der kommunalen Kliniken zeitnah umzusetzen.
4. Der Bürgerschaft (Landtag) zur letzten Bürgerschaftssitzung in der Legislatur im Mai 2019 einen ersten Bericht vorzulegen.

Claudia Bernhard, Peter Erlanson, Kristina Vogt  
und Fraktion DIE LINKE